

Zum Konzept der Ökologischen Gerechtigkeit¹

(Autoren: Gerhard Scherhorn, WI/Michael Wehrspau, UBA)

Ungleichheit unter den Menschen muss nicht ungerecht sein. Während noch im 20. Jahrhundert Ungerechtigkeit sehr oft mit Ungleichheit identifiziert wurde, ist im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu lesen:

"Lange Zeit wurde soziale Gerechtigkeit vorrangig unter Einkommens- und Vermögensaspekten diskutiert. Das heutige Verständnis von sozialer Gerechtigkeit orientiert sich hingegen zunehmend daran, ob den Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten verschafft werden, am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich selbst zu verwirklichen." (Lebenslagen in Deutschland 2005, XIX).

Nach John Rawls wird das Gerechtigkeitsprinzip erst durch Unfairness verletzt, also durch das Vorenthalten angemessener Freiheitsspielräume und Entfaltungschancen (Rawls 1979, ähnlich der Nobelpreisträger Amartya Sen 2000). Dieses auf die Potenziale menschlicher Selbstentfaltung bezogene Verständnis von Gerechtigkeit findet sich zunehmend auch in den Programmen internationaler Organisationen. So hat die UNESCO in ihrem „Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung“ 1998 das grundlegende Prinzip aufgestellt, dass "die soziale und kulturelle Entfaltung des Individuums" als eines "der Hauptziele menschlicher Entwicklung" anzusehen sei. Darüber hat sie allerdings als Prinzip Nr. 1 gestellt:

"Nachhaltige Entwicklung und kulturelle Entfaltung sind wechselseitig voneinander abhängig" (UNESCO 1998).

Hier wird klar betont, dass die dauerhafte Gewährleistung von Gerechtigkeit und Fairness nur möglich ist, wenn in Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft ein nachhaltiger Entwicklungspfad eingehalten wird. Das ist in den hoch entwickelten Industriegesellschaften – wie auch in Deutschland – nicht der Fall, wie jüngst wieder die vom Rat für nachhaltige Entwicklung in Auftrag gegebene „Generationenbilanz“ konstatieren musste. Gegenüber den weniger industrialisierten Teilen der Erde, aber auch im Hinblick auf die Lebens- und Selbstentfaltungschancen unserer eigenen Nachkommen werden die Gebote von Fairness und Gerechtigkeit schwer verletzt:

„Deshalb stellt sich der heute lebenden Generation dringender als je zuvor die Frage, was sie ihren Kindern und Enkeln eigentlich vererben will. Sicher nicht den gleichen Lebensstil, den wir Deutschen kennen, denn der kommt schon heute unter Bedingungen zustande, die nicht für den ganzen Globus gelten können. Gewiss auch nicht das gleiche Zugriffsrecht auf endliche Ressourcen, weil die Menschheit längst mehr davon verbraucht, als die natürlichen Kreisläufe verkraften können“ (Hauff/Bachmann 2006, 7).

Mit der im Jahr 2002 erstmals veröffentlichten Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands (Bundesregierung 2006) ist ein politischer Prozess gestartet worden, der im kooperativen Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft solche Fehlentwicklungen überwinden und ein für die Menschen faires und mit der Natur dauerhaft verträgliches Entwicklungsmodell auf den Weg bringen soll.

¹ Dieses Konzeptpapier ist im Kontext des Projektes "Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland auf der Grundlage von Experteninterviews und eines Fachgesprächs" (FKZ 205 17 103) entstanden, welches in den Jahren 2005/2006 u. a. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführt wurde.

Mit dem Umbau des deutschen Sozialstaatsmodells wird der Zusammenhang zwischen Fairness und Nachhaltigkeit noch offenkundiger und dringlicher. Politische Beobachter sehen die Gefahr, dass die Sorge um Umwelt und Lebensqualität wieder in den Hintergrund der politischen Agenda treten könnte zugunsten der illusorischen Hoffnung auf kurzfristige Wachstumsgewinne. Doch die Umwelt bleibt ein konstitutiver Bestandteil der Lebensqualität. Zwar konnten manche sicht- und fühlbaren Naturverschmutzungen inzwischen bewältigt werden. Andere, wie die Folgen der weiter ansteigenden Automobilität (Ozon, Lärm), sind gerade für Menschen in benachteiligten Lebenslagen besonders intensiv spürbar.

Durch ökologische Schäden kann soziale Ungleichheit ungerecht werden, etwa wenn Klimaveränderungen manche Regionen oder soziale Gruppen stärker benachteiligen als andere. Umgekehrt kann soziale Ungleichheit im Bildungsstand, im Einkommen, in den Arbeitsbedingungen die Wirkung von Umweltschäden verstärken, z. B. wenn sie benachteiligte Gruppen – Bildungsschwache, Einkommensschwache, Migranten – daran hindert, die Risiken zu erkennen und sich durch Information, Auswahl und ggf. Widerstand gegen sie zu schützen.

Aus dieser Erkenntnis ist in den USA eine neue „Environmental Justice“ oder „Ecological Justice“-Bewegung erwachsen, die für das Grundrecht auf eine gesunde Umwelt werben und die Menschen befähigen will, Ungerechtigkeiten in ihrem Erfahrungsbereich anzuprangern und sich für deren Abwendung politisch einzusetzen.

Letztlich geht es beim Thema "Umweltgerechtigkeit" und "Ökologische Gerechtigkeit" um die kooperative Erarbeitung eines neuen Modells von Lebensqualität, in dem die Intra- und Inter-Generationengerechtigkeit ihren angemessenen Platz bekommt. Dabei wird die Erkenntnis unabdingbar, dass die ökologische Gerechtigkeit eng mit der sozialen verbunden ist. Beide können verletzt werden, wenn die herrschenden Produktions- und Konsummuster dazu führen,

* dass Menschen an ihrer Gesundheit (Vergiftung, Bewegungsmangel), ihrer individuellen Lebensqualität (Beziehungsarmut, Sinnleere, soziale Abstiegsängste) und/oder ihren Lebenschancen (soziale Ausgrenzung, Verelendung) geschädigt werden,

* die betroffene Gesellschaft mit (bei naturgemäßen Produktionsweisen vermeidbaren) Kompensationsmaßnahmen reagieren muss (Defensivausgaben) oder mit Einbußen an Lebensqualität (beschädigte Kunstdenkmäler) und Lebenschancen (Armutswanderungen) belegt wird,

* oder die natürliche Mitwelt in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt wird, weil die Externalisierung von Kosten, d. h. die Verlagerung von Produktionsneben- und -folgekosten auf die Allgemeinheit, die künftigen Dienste von Ökosystemen (Bodenerosion) oder die künftige Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen (z. B. Erdöl, Erdgas) gefährdet.

Damit wird deutlich, dass das Konzept der Ökologischen Gerechtigkeit die konsequente Ausformulierung einer "Verantwortungsethik" (Max Weber) leisten muss. Denn wenn bei der Produktion und dem Konsum von Wirtschaftsgütern eine Verantwortung für Kollektivgüter entsteht, aber von den Verursachern nicht selbst übernommen wird (= Externalisierung privater Kosten), beengt das die Entfaltungsräume anderer Menschen. Somit richtet sich dieses Konzept generell gegen die externalisierende Behandlung der „Natur, von der wir ein Teil sind“ (Meyer-Abich 1997), also

auch der Natur des Menschen, zu der die Gesetze des sozialen Zusammenlebens ebenso gehören wie die der individuellen Gesundheit und Entfaltung.

Dabei ist auch gegen das noch immer verbreitete Missverständnis anzugehen, die Externalisierung von Kosten sei dadurch zu rechtfertigen, dass sie (oft) die Marktgüter verbilligt und so den wirtschaftlichen Wohlstand der Begünstigten temporär erhöht. Denn das geht auf Kosten von Unbeteiligten (anderen Regionen, der natürlichen Mitwelt, künftigen Generationen), die nicht gefragt werden und sich nicht wehren können. Zudem belastet es auch die Begünstigten selbst, weil die Expansion der wählbaren Marktgüter (Schwartz 2004) das eigene Bemühen um marktfreie Güter – selbstbestimmte Entfaltung, gesunde Lebensführung, menschliche Zuwendung, soziale Eingebundenheit, gemeinschaftsbezogenes Handeln – zurückdrängt und nachweislich Gesundheit und Wohlbefinden schwächt (Kasser 2002).

Diese Situation ist auch mit neuen Herausforderungen für die Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation verbunden. In Deutschland zeigte sich, dass zwar ein beträchtlicher Bevölkerungsteil – je nach Art der Fragestellung zwischen 10 bis 20% - sich selbst als ökologisch benachteiligt empfindet (Grunenberg/Kuckartz 2005). Da aber das Umweltbewusstsein vom Bildungsgrad und postmaterialistischen Einstellungen (die in besser situierten Bevölkerungsteilen stärker verbreitet sind) abhängt und zudem von einer ausgeprägten Nah/ Fern-Differenz (Wohlfühlen hier und heute, aber negative Einschätzung des globalen Umweltzustandes und der globalen Entwicklung) gekennzeichnet ist, schlagen sich reale Benachteiligungen nicht unbedingt in einem verstärkten Umweltbewusstsein nieder.

Daher setzt ökologische Gerechtigkeit zweierlei voraus: Aufklärung über die Schäden und ihre Verursacher sowie die Möglichkeiten zukünftiger Schadensvermeidung

* Information über die Schäden gibt Auskunft darüber, welche Wirkungen der Externalisierung auftreten, ob sie einzelne Gruppen besonders stark belasten und wie fair die entstandenen Probleme behandelt werden. Das ist nicht neu. Mit Gesundheitsschäden befassen sich viele Berichtssysteme, Defensivausgaben und Einbußen an Lebensqualität werden häufig thematisiert. Nur ist es bisher nicht gelungen, all dies systematisch in Berichtssysteme einzubinden, dass die Menschen damit auf breiter Basis für eine nachhaltige Entwicklung gewonnen werden können.

* Über die Schädigung wird befähigend informiert, wenn ersichtlich wird, welche Abwälzung von Verantwortung dafür ursächlich ist und von welchen Personen oder Gruppen oder Organisationen sie ausgeht. Auch das ist keine neue Vorstellung; seit langem fragt man nach den Verursachern der Umweltschäden. Aber da die Akteure sich durch den Druck der Konkurrenz zu der Kostenabwälzung gezwungen fühlen, muss in einer umfassenden Nachhaltigkeitsberichterstattung auch angegeben werden, wieweit der politische und soziokulturelle Rahmen für die Externalisierung verantwortlich ist, und welche Chancen sich eröffnen, wenn er in Richtung Nachhaltigkeit geändert wird.

LITERATUR:

Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland. Nationale Nachhaltigkeitsstrategie 2002. Fortschrittsbericht 2004. Wegweiser 2005. verfügbar unter www.dialog-nachhaltigkeit.de (Zugriff 20.07.06)

Hauff, V. & G. Bachmann, (Hg.), Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen. München: oekom 2006

Grunenberg, H. & U. Kuckartz: Umweltbewusstsein im Wandel, Opladen 2003

Kasser, Tim, The high price of materialism. Cambridge/Mass. 2002: MIT Press.

Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2005 verfügbar unter: www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/soziale-sicherung.html (Kategorie "Berichte", Zugriff 20.07.06)

Meyer-Abich, K.-M., Praktische Naturphilosophie. München 1997: C.H. Beck.

Rawls, J., Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M. 1979: Suhrkamp.

Schwartz, B., The paradox of choice. New York 2004: HarperCollins.

Sen, A., Ökonomie für den Menschen. München 2000: Hanser.

UNESCO, The Power of Culture. Aktionsplan Kulturpolitik für Entwicklung, Stockholm 1998: verfügbar unter www.unesco.de/c_bibliothek/wccd_aktionsplan.htm (Zugriff 20.07.06)